Deutscher Bundestag **Drucksache 15/3322**

15. Wahlperiode 16. 06. 2004

Antrag

der Abgeordneten Annette Faße, Gerold Reichenbach, Gerd Andres, Dr. Hans-Peter Bartels, Sören Bartol, Uwe Beckmeyer, Bernhard Brinkmann (Hildesheim), Hans-Günter Bruckmann, Dr. Michael Bürsch, Edelgard Bulmahn, Dr. Peter Danckert, Sebastian Edathy, Karin Evers-Mayer, Rainer Fornahl, Monika Griefahn, Gabriele Groneberg, Hans-Joachim Hacker, Bettina Hagedorn, Hubertus Heil, Monika Heubaum, Gabriele Hiller-Ohm, Iris Hoffmann (Wismar), Jann-Peter Janssen, Johannes Kahrs, Hans-Ulrich Klose, Rolf Kramer, Ernst Kranz, Volker Kröning, Ute Kumpf, Gabriele Lösekrug-Möller, Götz-Peter Lohmann, Dr. Christine Lucyga, Dirk Manzewski, Caren Marks, Ulrike Mehl, Angelika Mertens, Gesine Multhaupt, Volker Neumann (Bramsche), Holger Ortel, Heinz Paula, Dr. Wilhelm Priesmeier, Karin Rehbock-Zureich, Dr. Carola Reimann, Reinhold Robbe, Dr. Ernst Dieter Rossmann, Ortwin Runde, Thomas Sauer, Siegfried Scheffler, Horst Schild, Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Olaf Scholz, Gerhard Schröder, Brigitte Schulte (Hameln), Dr. Martin Schwanholz, Dr. Cornelie Sonntag-Wolgast, Wolfgang Spanier, Ludwig Stiegler, Dr. Peter Struck, Joachim Stünker, Franz Thönnes, Hans-Jürgen Uhl, Hedi Wegener, Petra Weis, Reinhard Weis (Stendal), Inge Wettig-Danielmeier, Dr. Margrit Wetzel, Dr. Wolfgang Wodarg, Heidi Wright, Franz Müntefering und der Fraktion der SPD

sowie der Abgeordneten Rainder Steenblock, Franziska Eichstädt-Bohlig, Volker Beck (Köln), Peter Hettlich, Albert Schmidt (Ingolstadt), Katrin Göring-Eckardt, Krista Sager und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Sicherheit vor der deutschen Küste verbessern – Küstenwache optimieren

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Eine größtmögliche Sicherheit auf Nord- und Ostsee sowohl im Küstenmeer als auch in der Ausschließlichen Wirtschaftszone und auf Hoher See erfordern ein schnelles einsatzfähiges Management für alle Gefahrenlagen.

Mit dem Havariekommando hat das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen gemeinsam mit den Küstenländern unter Beteiligung der an der Küstenwache beteiligten Ressorts einen wichtigen Schritt zur Bewältigung von Havarien getan, der innerhalb der Europäischen Union beispielhaft ist. Das Havariekommando eröffnet für den Ernstfall, einer denkbaren „komplexen Schadenslage“, schlagkräftige und leistungsfähige Strukturen der Schadensminimierung, ohne die in der Praxis bewährten föderalen Zuständigkeiten und Abläufe im Alltagsbetrieb zu beeinträchtigen und ist ein weiterer Schritt eine effektive Vernetzung im Bereich europäischer Seesicherheit zu erreichen.

Auf der Basis des geltenden Rechts kann und muss dafür gesorgt werden, dass die verschiedenen auf See zuständigen und verantwortlichen Behörden schneller, effektiver und kostengünstiger zusammenarbeiten.

Die bestehenden Strukturen im Alltagsbetrieb sollten, soweit sie sich bewährt haben, erhalten bleiben. Für die neue Küstenwache ist eine flexible Organisation nach Alltagsbetrieb und Sonderlage, unter Beiziehung der Erfahrungen mit dem Havariekommando, zu schaffen.

II. Der Deutsche Bundestag begrüßt,

dass die Bundesregierung ein Konzept Küstenwache entwickelt hat, das die Schaffung einer gestärkten und effizienteren Küstenwache zum Ziel hat. Dieses Konzept ist ein wichtiger Schritt, um die Sicherheit im Sinne der Gefahrenabwehr und Verkehrssicherheit zu gewährleisten.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung im Rahmen der finanzpolitischen Leitlinien auf,

- die bestehenden Strukturen des Koordinierungsverbundes Küstenwache zu einer neuen effektiven Küstenwache auszubauen und insbesondere die Zusammenarbeit mit dem Havariekommando zu intensivieren;
- ein rasch einsatzfähiges Lage- und Einsatzzentrum für Nord- und Ostsee, das – einschließlich des Point of Contact – zugleich eine einheitliche Informationsplattform bildet, unter einem Dach für alle denkbaren Szenarien zu schaffen;
- eine behördenübergreifende Organisations- und Weisungsstruktur, insbesondere für den Einsatzfall zu schaffen;
- dafür zu sorgen, dass die Wasserschutzpolizeien und andere Landesbehörden sich an einem solchen Küstenwachzentrum beteiligen;
- die Zusammenarbeit der verschiedenen Bundes- und Landesbehörden zu koordinieren, mit dem Ziel höchste Effektivität und größtmögliche Synergien, sowohl im Alltagsbetrieb als auch im Einsatzfall, zu erreichen;
- eine integrierte Seeraumüberwachung zu ermöglichen, die von der Ausschließlichen Wirtschaftszone über das Küstenmeer bis in die Häfen Sicherheit schafft;
- das Automatische Schiffsidentifizierungssystem (AIS) so schnell wie möglich einzusetzen und mit der Radarüberwachung zu verbinden.

Berlin, den 16. Juni 2004

Franz Müntefering und Fraktion
Katrin Göring-Eckardt, Krista Sager und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333